



Jugendparlament  
der Stadt Erlangen  
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen  
Telefon: 86 27 01  
E-Mail: jugendparlament@stadt.erlangen.de



Rathausplatz 1, 91052 Erlangen  
Telefon: 86 21 22  
E-Mail: seniorenbeirat@stadt.erlangen.de

Erlangen, den 20. September 2016

Stadt Erlangen  
Herrn Oberbürgermeister Dr. Florian Janik  
Rathausplatz 1  
91052 Erlangen

### **Gemeinsamer Antrag des Jugendparlamentes und des Seniorenbeirates; Barrierefreiheit in Erlangen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das Jugendparlamentes und der Seniorenbeirat stellen gemeinsam folgenden Antrag:

Alle Dienststellen der Stadt Erlangen sollen aufgefordert werden, künftig die Einladungen zu öffentlichen Veranstaltungen der Stadt mit folgendem Zusatz zu versehen:

Besondere Bedürfnisse

- Ich benutze einen Rollstuhl
- Ich benötige eine Induktionsanlage
- Ich benötige eine Gebärdensprachdolmetschung
- Sonstiges

bitte anmelden unter (Tel.Nr., Mailadresse und Anmeldefrist angeben).

Die öffentlichen Veranstaltungen der Stadt Erlangen sollen möglichst in barrierefreien Räumen, unabhängig der Art der Behinderung, stattfinden. Bei Veranstaltungen im Freien sind barrierefreie Toiletten zur Verfügung zu stellen.

#### Begründung:

Im Dezember 2006 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN Behindertenrechtskonvention – BRK). Die allgemeinen Menschenrechte sind demnach so anzuwenden und auszulegen, dass auch für Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen möglich ist. Durch Transformationsgesetz vom 26. März 2009 ist die BRK auch für Deutschland in Kraft getreten. Damit ist die BRK geltendes Recht – Bund, Länder und Kommunen sind verpflichtet, an der Umsetzung der BRK mitzuarbeiten. Diese Aufgabenstellung gilt selbstverständlich für alle Bereiche der Stadtverwaltung. Die Aufgabenstellung ist deshalb als fachbereichsübergreifende Anforderung zu verstehen. Sie ist aber auch als Daueraufgabe anzusehen, da eine vollständige und optimale Erfüllung der Inklusion derzeit nicht absehbar ist.

Um dabei einen weiteren Schritt voranzukommen sollte auch bei öffentlichen Veranstaltungen der Stadt (z.B. Bürgerversammlungen, öffentliche Anhörungen usw.) die Anforderungen der Inklusion stärker beachtet und die Teilnahme behinderter Menschen erleichtert werden. Zu diesem Zweck sollen alle Dienststellen der Stadtverwaltung aufgefordert werden, öffentliche Veranstaltungseinladungen mit o.g. Zusatz zu versehen. Selbstverständlich sind dann auch alle Vorkehrungen von der veranstaltenden Dienststelle zu treffen, um die angeforderten Unterstützungen realisieren zu können.

#### Hinweise:

1. Ein entsprechender Beschluss wurde bereits vom Sozial- und Gesundheitsausschuss in seiner Sitzung am 26. März 2014 gefasst.
2. Jugendparlament und Seniorenbeirat haben in ihren Gremien die Stellung dieses gemeinsamen Antrages beschlossen.

Anette Christian  
Vorsitzende des Seniorenbeirates

Robert Hatzold  
Geschäftsführung Jugendparlament